

die Ergebnisse der Arbeitsgruppen ebenso wie die Erfahrungen der anderen Veranstaltungen, nicht zuletzt auch der Liturgie, in diese Resolution einfließen, die am letzten Tag der einwöchigen Veranstaltung, dem „Synodentag“ beraten, diskutiert und verabschiedet wurde.

Zu allen vier Themengruppen formulierte die Synode Forderungen, verbunden mit weitgehenden Selbstverpflichtungen. Viele der genannten Aspekte sind dabei in anderen Kontexten, nicht zuletzt auch bei der Peking-Weltfrauenkonferenz oder im Zusammenhang der Ökumenischen Frauendekade, schon genannt worden: Unter anderem unterstreichen die Frauen in der Präambel, Frauenrechte seien fundamentale Menschenrechte, die in Europa und der ganzen Welt umgesetzt werden müßten; darunter falle auch die volle Akzeptanz aller Lebensstile.

Zum Bereich Politik fordert die Abschlußerklärung eine neue Qualität von Entscheidungsfindungsprozessen in Staaten, Institutionen und Glaubensgemeinschaften; ebenso die Trennung von Staat und Religion und die Verurteilung jedes Fanatismus im Namen einer Religion. Sexuelle Gewalt

im Zuge bewaffneter Auseinandersetzungen müsse ebenso wie ständige und systematische sexuelle Gewalt gegen Frauen und Kinder durch Angehörige staatlicher Organe und Institutionen oder die genitale Beschneidung von Frauen und Mädchen als Asylgrund anerkannt werden. Weiter riefen die Frauen zum Widerstand gegen den wirtschaftlichen Neoliberalismus und andere wirtschaftspolitische Strömungen mit vernichtenden Auswirkungen auf Mensch und Natur auf. Zur Themengruppe Spiritualität unterstreichen sie: „Die spirituelle und religiöse Autorität von Frauen erfaßt alle Lebensbereiche. Deshalb fordern wir Zugang zu allen kirchlichen Ämtern, einschließlich der Frauenordination in der römisch-katholischen Kirche.“

Die Europäische Frauensynode soll kein einmaliges Ereignis bleiben, für das Jahr 2002 ist ein weiteres Treffen geplant. Es war zumindest ein Wunsch der in Gmunden Teilnehmenden, daß dieses dann in Osteuropa stattfinden sollte. Bis dahin geht es nun aber darum, die Erfahrungen und Ergebnisse im nationalen Kontext weiterzudiskutieren und fortzuentwickeln. In Deutschland ist für 1998 eine weitere Frauensynode geplant. A. F.

Bischöfen, die eine der drei Kammern der Generalsynode bilden und berät die Bischöfe ihrerseits in Lehrfragen. Sie besteht größtenteils aus Bischöfen und Theologieprofessoren; den Vorsitz führte von 1989 bis 1995 der Bischof von Newcastle, *Alec Graham*. Unter seiner Ägide entstand auch „Das Geheimnis der Erlösung“ (The Mystery of Salvation, Church House Publishing, London 1995). Dem Bericht über Heil und Erlösung gingen zwei Texte der Kommission zu anderen Grundfragen des christlichen Glaubens voraus: 1987 ein Dokument zum Thema „Wir glauben an Gott“, 1991 ein Dokument mit dem Titel „Wir glauben an den Heiligen Geist“.

„Ein Schatzhaus von Bildern“

Die öffentliche Aufmerksamkeit machte sich vor allem an einer einzigen Druckseite aus dem jüngsten, immerhin 225seitigen Bericht fest. In dem kurzen Abschnitt mit der Überschrift „Das Jüngste Gericht“ hält die Kommission ausdrücklich an der Realität der Hölle als der „endgültigen Bestätigung der Realität menschlicher Freiheit“ fest. Dann heißt es: „Hölle ist nicht ewige Qual, sondern die abschließende und unwiderrufliche Entscheidung für das, was Gott so vollständig und so absolut entgegengesetzt ist, daß das einzige Ende in völligem Nichtsein besteht.“ Auslöschung („annihilation“) sei möglicherweise ein besseres Bild für die Verdammnis als jede der traditionellen Vorstellungen über eine Hölle ewiger Qualen.

Gegenüber einer jahrhundertealten Tradition, in der Theologen Höllenqualen detailliert ausmalten (entsprechendes Material hat *Herbert Vorgrimler* in seinem 1993 erschienenen Buch „Geschichte der Hölle“ zusammengestellt), ist die seriöse Theologie heute mit gutem Grund in der Beschreibung eschatologischer Zustände sehr zurückhaltend und wortkarg geworden. Auf dieser Linie liegen auch die knappen Überlegungen des anglikanischen Dokuments über die „letz-

Anglikaner: Christliches Heil und gesellschaftliche Moral

Ungeachtet aller inneren Spannungen ist die Church of England nach wie vor ein gewichtiger Faktor im öffentlichen Leben. Für Diskussionen sorgten jetzt ein theologisches Dokument und eine Oberhausrede von Erzbischof Carey.

Bei ihrer jüngsten Tagung vom 12. bis 16. Juli 1996 in York billigte die Generalsynode der Kirche von England einen Bericht ihrer Lehrkommission mit dem Titel „Das Geheimnis der Erlösung“. Wenige Tage zuvor hatte der Erzbischof von Canterbury, geistliches Oberhaupt der englischen Anglikaner, mit einer Rede über gesellschaftliches Ethos und Religion eine Debatte des

Oberhauses über das moralische und spirituelle Wohl der Nation eröffnet. Beide Texte sorgten in England für Schlagzeilen; der Bericht über die Erlösung fand auch diesseits des Ärmelkanals Beachtung, allerdings verkürzt auf seine Aussagen über die Hölle bzw. die ewige Verdammnis. Die Lehrkommission (Doctrine Commission) erhält ihre Aufträge von den

ten Dinge“, über den Himmel, die Wiederkunft Christi, die neue Schöpfung und eben auch die Hölle. Daß absolute, endgültige Gottferne und Nichtsein etwas miteinander zu tun haben, ist kein abwegiger Gedanke. Im übrigen ist „Das Geheimnis der Erlösung“ ein insgesamt bemerkenswerter und ausgesprochen gelungener Text, dessen Bewertung nur anhand einiger zugespitzter Einzelaussagen zu kurz greifen würde.

Der Bericht setzt mit einem realistischen Blick auf die Bedingungen ein, unter denen sich der christliche Glaube mit seiner Rede von der Erlösung heute verständlich machen muß. Spezielles Augenmerk gilt dabei den Anfragen, die sich von den Naturwissenschaften her (Leib-Seele-Verhältnis, Entstehung und Schicksal des Kosmos), durch den Feminismus (männlich geprägtes Verständnis von Sünde, Opfer und Erlösung?) und durch den religiösen Pluralismus ergeben. Der Text skizziert die beiden unterschiedlichen Grundlinien im Verständnis von Erlösung, die sich in der Tradition ausgebildet haben (Erlösung *durch* Geschichte einerseits, Erlösung *aus der* Geschichte andererseits) und favorisiert einen Mittelweg, der Elemente beider Ansätze miteinander verbindet.

Ohne Schwulst und fromme Floskeln

Die Ausführungen über die biblischen Erlösungsvorstellungen, über traditionelle Begriffe der Soteriologie und heutige Verstehensansätze sind durchweg von der Grundthese bestimmt, daß es angemessener sei, sich nicht auf ein Verstehensmodell festzulegen, sondern das große Geheimnis der Erlösung aus verschiedenen Perspektiven zu beleuchten: „Ein Schatzhaus von Bildern“ ist ein Abschnitt überschrieben. In diesem Sinn versucht das Kapitel „Die Geschichte neu erzählen“, einzelne Elemente des Erlösungsgeschehens (Stellvertretung, Opfer, Rechtfertigung usw.) von menschli-

chen Erfahrungen aus einem heutigen Verständnis zu erschließen.

Bei allem Bemühen um Anknüpfung an gegenwärtige Vorstellungen von Heil und Sinnerfüllung arbeitet der Bericht doch unmißverständlich das spezifisch Christliche heraus: „In der christlichen Rede von Erlösung gibt es immer einen absolut notwendigen Bezug auf Gott. Mehr noch, dieser Gott, der zugleich unser Erlöser und unser Heil ist, ist der dreifaltige Gott.“ An anderer Stelle heißt es mit einer sympathischen Prise englischen Humors, säkulare Sinnerwartungen seien vom christlichen Standpunkt aus betrachtet wie „Hamlet ohne den Prinzen“. Der Bericht bricht übrigens auch eine Lanze für die Unverzichtbarkeit der Opfervorstellung für das christliche Verständnis der Erlösung: Ein Moratorium für jede Opferterminologie wäre der Verlust einer „entscheidenden Dimension biblischer Offenbarung“.

Zum Arbeitsauftrag, den die Lehrkommission von den Bischöfen der Church of England erhielt, gehörte ausdrücklich die Frage, wie sich das christliche Verständnis von universaler und endgültiger Erlösung durch Jesus Christus im Kontext des religiösen Pluralismus ausnimmt. Im Kapitel „Christus und die Weltreligionen“ widmet sich der Bericht diesem derzeit nicht nur in England theologisch heftig umstrittenen Thema. Dabei lehnen es die Autoren von vornherein ab, ihren Lösungsvorschlag unter einem der drei in der Diskussion gebräuchlichen Etiketten Exklusivismus, Inklusivismus oder Pluralismus rubrizieren zu lassen.

Wirklich überzeugend und konsistent ist ihre Lösung allerdings nicht ausgefallen. So wird festgehalten, Gott sei auch in den nichtchristlichen Religionen am Werk; man könne aber die Frage nicht sicher beantworten, ob diese Religionen Bedeutung für das endgültige Heil hätten oder nicht. Es bleibt letztlich der Ausblick auf die eschatologische Vollendung: „Wenn wir als Christen leben, Tod und Auferstehung Jesu als ‚konstitutiv‘ für die Erlösung und ebenso als Offenbarung betrachten, nehmen wir vorweg, daß er

sich als endgültiger Bezugspunkt für das Heil in seiner vollen und umfassenden Bedeutung erwiesen wird.“

Ein solcher ziemlich gewundener, die Schwierigkeiten in der Sache spiegelnder Satz ist nicht typisch für „Das Geheimnis der Erlösung“. Vielmehr ist es ein großer Pluspunkt des Dokuments, daß es ausgesprochen verständlich geschrieben ist, ohne zu simplifizieren oder sich theologisch etwas zu vergeben. Der Text kommt fast ohne Schwulst und fromme Floskeln aus, ist sich durchweg der doppelten Herausforderung durch Sprache und Begrifflichkeit von Bibel und Tradition einerseits und die gegenwärtigen Verstehensbedingungen andererseits bewußt. Ein Leserbrief in der katholischen englischen Wochenzeitung „The Tablet“ (10.8.96) lobte die Lesbarkeit des Berichts und fügte hinzu: „Wenn doch Rom einen Text in diesem Stil zu Stande bringen könnte!“

Kritik aus den eigenen Reihen

Die (anglikanische) „Church Times“ sah (19.7.96) in der Annahme des Berichts durch die Generalsynode ein hoffnungsvolles Anzeichen dafür, daß sich die Kirche von England nach Jahren der inneren Querelen wieder stärker nach draußen wende. Ausdrücklich an die ganze Nation, an Christen wie Nichtchristen, richtete sich Erzbischof *George Carey* von Canterbury in seiner Rede im Oberhaus am 5. Juli. Es war sicher kein Zufall, daß er dabei sowohl den Primas der englischen Katholiken, Kardinal *Basil Hume*, wie den als moralische Instanz ebenfalls hoch angesehenen englischen Oberrabbiner *Jonathan Sacks* zitierte.

Carey beklagte vor den Lords, es gebe eine weit verbreitete Tendenz, die Unterscheidung von Gut und Böse nur als Sache des privaten Geschmacks und der individuellen Überzeugung zu betrachten. Gleichzeitig sah er aber auch Anzeichen für ein wachsendes Unbehagen gegenüber dem um sich greifenden ethischen Relativismus. Der Erzbischof anerkannte ausdrücklich den

Beitrag von Religionslosen und Anhängern nichtchristlicher Religionen beim notwendigen Bemühen um gemeinsame gesellschaftliche Grundwerte. Als Christ sei er aber der Überzeugung, daß der christliche Glaube und die christliche Tradition mit ihrer tiefen Verwurzelung in der englischen Kultur „ungemein wichtige Hilfen und Leitlinien“ zur Bewältigung der moralischen Krise bereitstellen.

Das Oberhaupt der Anglikaner erteilte mit seinen Ausführungen über Moral und christliche Tradition Kritik aus den eigenen Reihen. *David Edwards*, früherer Propst von Southwark, hielt Carey in einem Offenen Brief (*Church Times*, 19.7.96) vor, er gehe zu selbstverständlich von der spezifisch christlichen Verbindung von Gottesglauben und Ethos aus und trage damit der religiös-weltanschauli-

chen Wirklichkeit in Großbritannien nicht genügend Rechnung. Edwards sprach von Unklarheiten über die Rolle einer „established church“ in einer weitgehend nichtchristlichen Gesellschaft. Die Kirche müsse in der Moralverkündigung ihr eigenes Haus in Ordnung bringen; das sei wichtiger als allgemeine Ermahnungen in der Diskussion über das gesellschaftliche Wohl. U. R.

Labilität und Stagnation

#335 Unsichere Perspektiven nach dem Machtwechsel in Israel

Die Wahlen am 29. Mai 1996 haben in Israel zu einem von vielen Beobachtern nicht erwarteten Machtwechsel geführt. Bemerkenswerte Gewichtsverlagerungen zwischen den politischen Lagern haben hierzu beigetragen. Der Nahost-Friedensprozeß ist seither einer schweren Belastungsprobe unterworfen.

Auch nach seiner Amtsübernahme hat der neue israelische Ministerpräsident, der Likud-Vorsitzende *Benjamin („Bibi“) Netanjahu*, mehrfach in öffentlichen Stellungnahmen erklärt, daß er das Prinzip „Land für Frieden“ als Basis für eine umfassende Friedensregelung im Nahen Osten ablehnt. Israel werde unter seiner Führung nach Ablauf der Interimsperiode keiner Gründung eines Palästinenserstaates im Westjordanland und im Gazastreifen zustimmen. Eine Kompromißlösung in der Jerusalemfrage, die nicht die alleinige Souveränität Israels über die gesamte Heilige Stadt gewährleisten würde, werde es nicht geben.

Wie reagieren die Palästinenser auf den verstärkten Siedlungsausbau?

Die Verhandlungsatmosphäre zwischen Israel und den Palästinensern wird zusätzlich durch die Weigerung Israels, seine Truppen – wie vorgesehen – aus Hebron abzuziehen, belastet. Dieser Rückzug war bereits im israelisch-palästinensischen Interimabkommen („Oslo II“), das am 28. September 1995 von *Jitzhak Rabin* und *Jassir Arafat* in Washington unterzeichnet wurde, fest vereinbart worden. Laut Zeitplan sollte der Rückzug bis zum März dieses Jahres erfolgen. Nach den Terroranschlägen Ende Februar/Anfang März wurde der Rückzug aber von Peres – mit nachträglicher Zustimmung Arafats – ausgesetzt. Netanjahu fordert jetzt Nachverhandlungen, da seiner Meinung nach die vereinbarten Sicherheitsabmachungen nicht ausreichend sind. Die Palästinenser ihrerseits lehnen jedoch Nachverhandlungen

ab. Sie stehen auf dem Standpunkt, alle Details und – nicht zuletzt – der genaue Rückzugszeitpunkt seien bereits fest mit der Regierung Rabin-Peres vereinbart worden.

Am schwersten wurden die israelisch-palästinensischen Gespräche durch den Beschluß der israelischen Regierung belastet, den *Siedlungsausbau im Westjordanland und im Gazastreifen* wieder aufzunehmen. Hinzu kommen noch weitere Bauvorhaben, wie z. B. die Anbindung der israelischen Siedlungen an das israelische Kernland durch den Neubau weiterer Schnell- und Umgehungsstraßen. Insbesondere von dem neuen Infrastrukturminister, dem Likud-Hardliner *Ariel Scharon*, werden diese Projekte forciert. Die Palästinenser befürchten, daß damit eine weitere Enteignung palästinensischen Grundbesitzes verbunden ist. Doch selbst wenn man die Bauvorhaben ausschließlich auf Staatsland ausführte, würden dadurch neue Fakten geschaffen, die die Gründung eines unabhängigen Staates Palästina auf einem zusammenhängenden Territorium weiter erschweren, wenn nicht sogar unmöglich machen.

Die israelische Regierung hat bisher erst den Ausbau bestehender Siedlungen beschlossen bzw. die staatlichen Fördermittel hierfür in vollem Umfang wieder freigegeben. Schon unter Rabin und Peres konnte die Bautätigkeit in den bestehenden Siedlungen – insbesondere im Großraum Jerusalem – nahezu ungehindert fortgesetzt werden.

Wichtiger für den Fortgang des Friedensprozesses und ein geeigneterer Test für die Kompromißwilligkeit Netanjahus wäre es, wenn in anderen Teilbereichen Fortschritte erzielt werden könnten. Wichtigster Punkt ist sicherlich der weitere *Rückzug der israelischen Armee*. Im Oslo II-Abkommen